

Buchbesprechungen

Claassen, Emil-Maria (Hrsg.): Kompendium der Währungstheorie. Franz Vahlen, München 1977. 208 S. DM 34,80.

An Literatur zu Währungsfragen besteht nicht gerade Mangel. Ein neues Kompendium könnte man mit dem Stoßseufzer „Wer hat, dem wird gegeben“ begrüßen. Das wäre aber vielleicht nicht recht getan: In Wirklichkeit erleben wir seit Jahren weniger eine literarische Aufforstung der Währungsszene als vielmehr die Entfaltung eines wilden Dickichts, das einsamen Wanderern Über- und Durchblick raubt. Der Vahlen-Verlag und sein rühriger Lektor waren deshalb gut beraten, einen Cicerone für währungstheoretisch beflissene Zeitgenossen zu suchen. Sie haben einen der Besten gefunden, die es zu diesem Zweck auf der Welt gibt: Emil-Maria Claassen. Dieser hat bei der Suche nach Autoren wiederum kaum einen besseren gewußt als Emil-Maria Claassen: Unter den neun (man lese unter keinen Umständen „neuen“) Beiträgen stammen vier aus seiner flinken Feder.

Er bietet, wie es sich für einen Herausgeber ziemt, eine kompetente „Einführung“. Dem harmlosen Leser verschlägt's manchmal den Atem, wie hier in einem Satz Schwieriges zur einfachen Formel gerinnt. Er denkt sich wohl auch gelegentlich, daß er zum gelehrten Wenn und Aber der Verfasser mitunter ein anderes Resümee beigebracht hätte.

Claassen weiß zu den Themenkreisen „Internationale Liquidität“, „Weltinflation“ und „Währungsunion“ bemerkenswertes Eigenes beizusteuern. Damit sind fast alle mit jeweils zwei Aufsätzen bestückte Hauptabschnitte des Kompendiums aufgezählt; es fehlt nur „Internes und Externes Gleichgewicht“, wo sich Claassen bedeckt hält.

Wer von einem Kompendium mehr kompendiöse als kompensatorische Eigenschaften erwartet, könnte auf verzweifelt Suchen verfallen: Wo ist zum Beispiel die Wechselkurstheorie geblieben? Ein Blick ins Sachregister muß den Verdacht erwecken, das Stichwort (und viele, viele andere dazu) sei auf statt in Claassens Index gekommen. Zum Glück bringt ein verstörtes Querlesen raschen Trost.

Solcher hingegen ist versagt, wenn man ihn aus einem sorgfältigen, vielleicht gar kommentierenden, Literaturanhang erhofft. Man muß ihn sich aus den — unterschiedlich reichhaltigen — Literaturhinweisen am Schluß der einzelnen Aufsätze selbst zusammenstellen, und darf nicht sicher sein, für jeden Fleck des Währungsackers die beste Pflugschar zu finden.

Ein gewitzter Leser holt reiche Ernte im Personenregister ein. Diese Forschungsstrategie mag allerdings auch Weh bereiten: Man wird darauf gestoßen, wie so mancher Fixstern am Währungshimmel in diesem Kompendium nicht aufgegangen ist. Daß es auf solche Weise handlich und preiswert geblieben ist, würde zur Erklärung besser einleuchten als der Vermerk in der Einführung, es werde ein Überblick über die Spezialgebiete der moder-

nen Währungstheorie geboten; dem geneigten Leser legt Claassen dabei ein Wort durch Kursivdruck bedeutsam ans Herz: „modern“. Das reimt sich nicht so recht mit der Verblüffung eines Aufsatzlieferanten (Myhrman) zusammen, der konstatiert, wie wenig zu entdecken ist, das nicht die Alten schon entdeckt haben.

Seine liebe Not hat man gleichermaßen mit der Feststellung, daß „viele andere — wenn auch theoretisch attraktive — Fragen außer acht gelassen werden, da das erste Anliegen dieses Buches das der wirtschaftspolitischen Relevanz ist“ (Einführung). Die attraktiven Fragen werden nicht beim Namen genannt, glücklicherweise, denn mancher Leser könnte sonst am editorischen Begründungszwang für Seitenbegrenzung und Zeitökonomie gar noch Schaden nehmen.

Wer's nicht schon vorher geahnt hat, erfährt im ersten Satz der ersten Textseite das Motto: „Die Währungstheorie ist die Theorie der internationalen Geldwirtschaft“. Im ersten Satz der zweiten Seite wird ihm eingeschärft, „daß der Zahlungsbilanzsaldo bzw. der Wechselkurs eine monetäre Größe darstellt“, und umblättern liest er wieder an erster Stelle, „daß die Weltinflation im Rahmen des Weltgeldmarktes (bzw. des Weltgeldmengenwachstums) analysiert werden kann“. Claassen macht aus seinem Herzen keine Mördergrube!

Kurzentschlossen fügt er auch bei der Aufzählung der Komponenten internationaler Liquidität nach einem schelmischen Gedankenstrich Eurodollars hinzu (S. VIII), aber gewiß nicht, um Manfred Willms eins auszuwischen, der am Ende seines Beitrags über „Das Angebot an Eurowährungen“ immer noch nicht weiß, wie er's mit den Eurodepositen halten soll. Im übrigen werden Zentralbanker Claassens Beitrag über „Die Nachfrage nach internationalen Reserven“ gerne lesen, da er ihnen zubilligt, daß sie ziemlich vieles, auch scheinbar Ungereimtes tun können und immer noch ohne Chuzpe zu behaupten vermögen, das sei der Weisheit letzter Schluß.

Möglicherweise ist Johan Myhrman diesbezüglich ein wenig skeptischer, da er in „Strom-Bestands-Ansätze des internen und externen Gleichgewichts“ zum Schluß gelangt, daß die Politiker im großen und ganzen arge Störenfriede sind, weil sie am Wachstum herumbasteln und ihnen nicht einmal die Geldmenge heilig ist.

Den Beitrag von Alexander K. Swoboda „Monetäre Ansätze des internen und externen Gleichgewichts“ werden viele lesen, die es genau wissen wollen, ob tatsächlich Monetäre Zahlungsbilanztheorie als „Etikett an eine Vielzahl verschiedener Flaschen geheftet werden kann“ (S. 107).

Die eben erwähnten Aufsätze erfreuten sich bereits einmal der editorischen Gunst Claassens (1976), der sie seinerzeit der englischsprachenden Welt empfahl. Dasselbe gilt für „Weltinflation bei festen Wechselkursen“ von David Laidler und A. R. Nobay. Ursprünglich gaben sich die Autoren im Titel cool: „International Aspect of Inflation: A Survey“. Mit einem gewissen Bedauern vermerken sie, daß ihnen die zur Theorie passende (Bretton Woods-) Welt abhanden gekommen ist. Vielleicht war sie aber auch ehemals in der skizzierten Gestalt (groß, stark integriert, geschlossen, ohne Produktdifferenzierung) schon nicht voll existent.

Das Pendant liefert wieder der Meister selbst mit „Weltinflation bei flexiblen Wechselkursen“, ein Aufsatz, der auch schon Geschwister in der Welt

hat, die der Vater in der Fußnote mit Genugtuung zählt. Flexible Wechselkurse, so die Botschaft, sind „systeminhärent“ für alles gut: für mehr Inflation als bei festen Wechselkursen und auch für weniger. Dem toten H. G. J. hätte man es gerne erspart, mit dem Ausblick auf die achtziger Jahre zitiert zu werden, daß die anti-inflationäre Entschlußkraft ausgerechnet der USA durch flexible Wechselkurse gestärkt worden sei.

Im letzten Hauptabschnitt wird endlich die deutsche Übersetzung der englischen Fassung des französischen Beitrags von Pascal Salin „Die Theorie des optimalen Währungsgebiets“ vorgelegt. Der Aufsatz ist nicht nur wegen seiner dichten Präsentation der Hauptargumente schätzenswert, sondern auch deshalb, weil er lange vor Gründung des EWS über dessen Lebensschicksal einen bösen Normenspruch enthält.

Claassen rundet mit vier Seiten zu „Europäische Währungsunion: Einige Anmerkungen zum Konzept der Parallelwährung“ das Thema und Buch ab. Es handelt sich eigentlich mehr um einen Hinweis auf ein Experten-Ceterum-Censeo für die EG-Kommission, und man muß nicht lange raten, wer in der erlauchten Runde saß.

Studierende und Praktiker dürften das im Kompendium Zusammengetragene nicht zuletzt wegen des Verzichts auf viel mathematisches Rankenwerk achten. Manch einer wird auch vor den polyglotten Bibliotheksbeständen mit dem Dichter loben: Muttersprache, Mutterlaut, oh wie wonniglich vertraut! Inhaltlich gewichtig sind alle Beiträge und mindestens jeder zweite ist ein großer Gewinn für einschlägige Lehrveranstaltungen. Es muß ja kein Schaden sein, wenn aus derartigen Veranstaltungen viele kleine Monetaristen hervorgehen, wo doch der Monetarismus durch Abwanderung in die Politik so viel Blut verliert.

F. Geigant, Hannover

Bartling, Hartwig: Leitbilder der Wettbewerbspolitik. Vahlen, München 1980. 160 S. DM 36,—.

Die Wettbewerbspolitik bleibt ein Torso, wenn sie ihre Aufgabe lediglich im Aufspüren und im Verbot wettbewerbsbeschränkender Verhaltensweisen sieht (Wettbewerbsschutzpolitik). Um von einem „geschlossenen Konzept“ sprechen zu können, muß die Wettbewerbsschutzpolitik um Eingriffe in „wettbewerbsstrukturell besonders problematische Märkte“ erweitert werden (Wettbewerbsförderungs politik). — Das ist die Leitidee von Hartwig Bartlings Buch „Leitbilder der Wettbewerbspolitik“. „Es empfiehlt (daher) den Ausbau der Wettbewerbspolitik durch Einführung einer — bisher fehlenden — ursachenadäquaten Wettbewerbspolitik durch geeignete Marktstruktureingriffe bei verfestigt vermachteten Märkten“ (S. III).

Die Notwendigkeit einer solchen Ex-post-Politik der Wettbewerbsförderung durch Marktstrukturänderung wird von Bartling aus der Existenz marktstruktureller Wettbewerbsbeschränkungen abgeleitet, denen mit Verhaltensverboten nicht beizukommen sei: „Sobald in der Ausgangssituation *verfestigt nicht wettbewerbliche Marktstrukturen* vorhanden sind, weil z. B. die strukturelle Vermachtung bereits so weit fortgeschritten ist, daß sich nicht kompetitive Oligopole oder gar Individualmonopole herausgebildet haben und durch hohe Marktzutrittsschranken geschützt sind, lassen sich durch Verhaltensverbote keine Wettbewerbsprozesse mehr aktivieren. Viel-

mehr erfordert eine ursachenadäquate Wettbewerbspolitik dann grundlegende Marktstrukturänderungen durch den Staat“ (S. 60).

Für diese Politik gegen marktstrukturell bedingte Wettbewerbsbeschränkungen schlägt Bartling nach Auswertung gewisser amerikanischer Reformvorschläge ein zweistufiges Verfahren vor.

In einer ersten — „juristische Verfahrenslösung“ genannten — Stufe sei zu prüfen, ob gewisse (restriktive) Aufgreifkriterien erfüllt sind, mit denen verfestigte Nichtwettbewerbsstrukturen — das sind solche, „bei denen auf Dauer mit wettbewerblichen Marktprozessen nicht zu rechnen ist“ (S. 143) — beschrieben werden. Verfestigte Nichtwettbewerbsstrukturen sind nach Bartling zu vermuten (S. 129 f.), wenn vier oder weniger Unternehmen einen Marktanteil von 80 % oder mehr während mindestens sieben der letzten zehn Jahre und mindestens vier der letzten fünf Jahre haben (Marktanteilskriterium) und „wenn während mindestens sieben der letzten zehn Jahre und mindestens vier der letzten fünf Jahre keine Preisbewegungen bei wesentlichen Nachfrage- oder Kostenänderungen oder bei erheblichen Überkapazitäten erfolgt sind oder im Falle von Preisänderungen spontan-solidarisches Parallelverhalten vorlag“ (Kriterium der nichtwettbewerblichen Preisreaktion). Zu berücksichtigen seien ferner Toleranzklauseln (Selbstheilungsklausel, Bagatellmarktklausel).

Bei Erfüllung dieser Aufgreifkriterien seien dann in einem ökonomisch-politischen Verfahren die konkreten Struktureingriffe zu bestimmen (S. 148). Bartling denkt hier an Entflechtungen, Maßnahmen zur Senkung von Marktzugangsschranken oder die Einrichtung von Ausnahmereichen (S. 108 ff.). Auf dieser zweiten Stufe des Verfahrens sei ein weites Eingriffskriterium zugrunde zu legen, etwa die „Verbesserung der wirtschaftlichen Steuerungseffizienz“ (S. 143).

Es ist an dieser Stelle naturgemäß unmöglich, die Vorschläge des Verf. ausführlich zu würdigen. Die folgenden Anmerkungen müssen genügen.

Der Verf. empfiehlt Wettbewerbsförderungs politik in „Marktsituationen“, in denen „keine Wettbewerbsaktivitäten vorhanden“ sind und „zukünftig auch keine aus den Marktprozessen selbst“ erwachsen (S. 126). Wenn aber keine Wettbewerbsaktivitäten mehr vorhanden sind, muß der Marktprozeß bereits erloschen sein und der Markt sich im Gleichgewicht befinden. In welchem realen Markt eines evolutorischen Systems kann dieser Fall jedoch jemals eintreten? Erinnert sei nur an die Wirksamkeit der „walrasianischen Konkurrenz“ (Ulrich Fehl), der sich wegen der Unterschiede in der Marktphasenentwicklung kein Markt entziehen kann. Und solange noch Marktprozesse ablaufen, solange existieren auch noch Wettbewerbsaktivitäten. Marktanteilskonzentration und Preisrigidität stehen dem keineswegs entgegen.

Wettbewerbsförderungs politik mit dem Ziel, Märkte zu öffnen und offen zu halten, ist grundsätzlich zu befürworten. Aber kann es in einer freien Marktwirtschaft Aufgabe der Wettbewerbspolitik sein, gelegentliche Hilfestellung für „new comers“ durch zeitlich befristete Steuerermäßigungen, Zinsverbilligungen und sonstige Subventionen zu geben (S. 114), oder gezielt Auftragsforschung und öffentliche Aufträge auf Neukonkurrenten zu lenken (S. 133)? Zu fragen bleibt auch, wie wahrscheinlich es ist, daß durch Entflechtungen die „wirtschaftliche Steuerungseffizienz“ verbessert wird. Wenn der Marktprozeß wirklich zu verfestigten Marktstrukturen geführt und

dabei alles wettbewerblich relevante Wissen entdeckt hat, wie sollte das für wettbewerbliche Aktivitäten notwendige neue Wissen durch den Akt der Entflechtung selbst geschaffen werden? Es ist auch unwahrscheinlich, daß die Unternehmen eine einmal praktizierte oligopolistische Verhaltensweise wieder vergessen und sich polypolistisch verhalten (S. 139).

Abschließend sei kurz erwähnt, was Bartlings Buch sonst noch enthält. In einem ersten Teil (S. 1 - 58) werden verschiedene Wettbewerbsleitbilder (vollkommene Konkurrenz, workable competition, Konzept der weiten Oligopole und freier Wettbewerb mit Bezug auf klassische Grundsätze) dargestellt und kritisch kommentiert. Sehr hilfreich für das Verständnis der vom Verf. behandelten komplexen Materie ist es, daß er alle wesentlichen Aussagen noch einmal in klar aufgebauten Schaubildern darstellt. Allerdings fragte sich der Rezensent, ob man sich wirklich den Grad der Wettbewerbsfreiheit als Summe aller Aktionsspielräume von Wirtschaftseinheiten am Markt vorstellen und auf einem Fahrstrahl abgetragen denken kann (S. 44). Und wenn man von einem Maximum an Wettbewerbsfreiheit spricht (ebenda), dann muß man den Begriff Wettbewerbsfreiheit als eine Kardinalskala auffassen. Hier wären einige Erläuterungen angebracht gewesen.

In einem zweiten Teil (Kopplung wettbewerbspolitischer Maßnahmen, Institutionen und Beurteilungskriterien als Ansatz für ein Leitbild der Wettbewerbspolitik) werden die Wettbewerbsschutzpolitik (S. 65 - 88), die Mißbrauchsaufsicht als neutralisierende Politik (S. 89 - 107) und die bereits kommentierte ursachenadäquate Ex-post-Politik gegen verfestigte marktstrukturell bedingte Wettbewerbsbeschränkungen (S. 108 - 145) abgehandelt.

Insgesamt muß man dem Verf. attestieren, daß es ihm gelungen ist, auf knappem Raum einen gut gegliederten und didaktisch geschickt aufbereiteten Überblick über wesentliche Bereiche der Wettbewerbspolitik zu geben. Allerdings folgt der Verf. im wesentlichen den Grundzügen des orthodoxen markttheoretischen Paradigmas. Diesem ist jedoch mittlerweile in Gestalt des evolutorisch-systemtheoretischen Ansatzes ein ernsthafter Konkurrent erwachsen, der in vielerlei Hinsicht mit liebgewonnenen Traditionen bricht und zu andersartigen Schlußfolgerungen zwingt.

D. Schmidtchen, Saarbrücken

Zell, Günther: Information und Wirtschaftslenkung in der UdSSR. Eine Analyse des volkswirtschaftlichen Informationssystems. Veröffentlichungen des Osteuropa-Institutes München, Reihe: Wirtschaft und Gesellschaft, Heft 18. Duncker & Humblot, Berlin 1980. 213 S. DM 76,—.

Daß dem Informationsproblem in einer Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs große Bedeutung zukommt und daß sich aus der Eigenart und Funktionsweise dieses Wirtschaftssystems für die Möglichkeit exakter, zielkonformer und rascher Information bestimmte (positive wie negative) Konsequenzen ergeben, ist schon frühzeitig gesehen worden; es gibt unter den Darstellungen des sowjetischen Wirtschaftssystems wohl keine, in der dieser Tatbestand nicht erwähnt würde. Eine eingehende Analyse lag jedoch in der westlichen Literatur bisher noch nicht vor. In der Sowjetunion selbst ist — besonders im letzten Jahrzehnt — im Zusammenhang mit der wissenschaftlichen Diskussion über Reformen der Planung und Lenkung auch die Schaffung eines für diese geeigneten und

ausreichenden Informationssystemen intensiv erörtert worden. Da es sich dabei überwiegend um russischsprachige Publikationen handelt, die infolgedessen der Mehrzahl der deutschen Wirtschaftswissenschaftler nicht zugänglich sind, ist es sehr zu begrüßen, daß der Verfasser der vorliegenden Arbeit — einer Münchener Dissertation — sich in großem Umfange auf dieses sowjetische Schrifttum stützt und den Leser über dessen wesentlichen Inhalt informiert. Es geht ihm dabei „primär um eine empirische Analyse des sowjetischen Realsystems . . . , nicht um irgendwie geartete ideale Systeme zentraler Planwirtschaften“. Dementsprechend gibt Zell z. B. auch eine (z. T. allerdings nicht mehr dem neuesten Stande entsprechende) Darstellung des Standes der Rechen- und Datenübertragungstechnik, verzichtet aber keineswegs auf systemtheoretische Erwägungen.

Die zentrale Hypothese Zells, der der Referent voll zustimmt, ist, „daß sich die Informationsprobleme in der UdSSR im Zuge des Übergangs von der extensiven zur intensiven Phase des Wirtschaftens soweit verschärft haben, daß eine Nichtbewältigung dieser Probleme zu einem ernsthaften Hindernis für die weitere Intensivierung der Wirtschaft und ihre effiziente Lenkung zu werden droht“. Gedacht ist dabei vor allem an die Information der Personen bzw. Institutionen, denen die Erstellung der Pläne und die Kontrolle ihrer Erfüllung obliegt; dabei muß überraschen, daß die Rolle der Parteiführung, die ja doch die Grundziele der Planung maßgeblich bestimmt, und die Wege, Möglichkeiten und Hemmungen ihrer wirklichkeitsgerechten Information nur ganz am Rande erwähnt werden. Daß die gegenwärtig angewendeten Informationsmethoden in vieler Hinsicht unbefriedigend sind, arbeitet Zell gut heraus, ebenso, daß bestimmte Planungs- und Lenkungsmethoden den Betriebsleitern eine Manipulierung der von ihnen an die Entscheidungs- und Kontrollinstanzen gehenden Informationen geradezu nahelegen. Daß es gegenwärtig in der Sowjetunion einen Überfluß an unbrauchbarer, aber einen Mangel an relevanter Information gibt, ist schwerlich zu bezweifeln. Ziemlich ausführlich werden die Diskussionen sowjetischer Wirtschaftswissenschaftler über die „Modernisierung des Planungssystems“ wiedergegeben; dabei ist der Verfasser freilich zu sehr geneigt, den Inhalt dieser Diskussionen bereits mit einem „neuen Planungssystem“ gleichzusetzen. Vergleicht man damit den (erst nach Abschluß der Arbeit gefaßten) gemeinsamen Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU und des Ministerrats der UdSSR „Über die Verbesserung der Planung“ von Ende Juli 1979, so sieht man, daß zwar ein Teil der in diesen Diskussionen gemachten Vorschläge in den Beschluß Eingang gefunden hat, keineswegs aber ihre Gesamtheit, und daß es einigermaßen problematisch ist, dabei von einem neuen Planungssystem zu sprechen.

Überrascht hat den Rezensenten, daß in der Zellschen Arbeit von der Gewinnung von Informationen über die Voraussetzungen der außenwirtschaftlichen Beziehungen fast überhaupt nicht die Rede ist. Sie sind sicherlich für die Sowjetunion von geringerer Bedeutung als für die kleineren RGW-Länder; aber man braucht nur an die Rolle des Technologie-Transfers zu denken, um zu sehen, daß sie ein wichtiges Teilstück für Planerstellung und Plankontrolle bilden. Auch die Bemühungen um Kooperation im RGW-Bereich hätten mehr Beachtung verdient. Insgesamt kann jedoch trotz dieser kritischen Bemerkungen festgestellt werden, daß Zells Buch ein nützlicher Beitrag über einen bisher wenig bearbeiteten Aspekt des Sowjetsystems ist.

Karl C. Thalheim, Berlin

Frohn, Joachim (Hrsg.): Methodik und Anwendung ökonomischer Entscheidungsmodelle. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1980. 158 S. DM 34,—.

Dieses Sonderheft, vom Titel und auch vom Inhalt her, hat sicherlich seine Berechtigung im deutschen Sprachraum. Die Theorie der ökonomischen Entscheidungsmodelle hat schon seit geraumer Zeit den Einzug in Vorlesungen und Seminaren gefunden, und auch in deren Verwendung ist das vorliegende Sonderheft geeignet.

Der erste Beitrag in dem Sonderheft, von J. Gruber geschrieben, bietet eine Einführung und Übersicht für den Kreis von potentiellen Lesern, der sich zum Thema erst einarbeiten muß. Die allgemeine Methodik der ökonomischen Entscheidungsmodelle fehlt in diesem Sonderheft; das würde auch den Rahmen des Vorhabens sprengen, und dafür werden die entsprechenden Lehrbücher zitiert. Es folgen fünf weitere Beiträge zu speziellen Problemen und Themen, die über die allgemeine Methodik der ökonomischen Entscheidungsmodelle hinausgehen. Die Überschriften dieser Beiträge weisen auf die gestellten Themen hin, und ich führe dieses hier kurz auf: 1. „Zur Abhängigkeit der optimalen Kontrollpfade von den Gewichtungen und den Zielwerten“ von P. Kuhbier, 2. „Die numerische Approximation optimaler Politiken. Ein dimensionsreduzierendes Verfahren“ von G. Wiegang, 3. „Die Zuverlässigkeit optimaler Politiken“ von R. Friedman, 4. „Optimale Steuerung unter Berücksichtigung mehrerer Entscheidungsträger: nichtkooperative und kooperative Strategien in linear-quadratischen Planungsproblemen“ von H. J. Haas, und 5. „Prognose exogener Variablen mit ARIMA-Modellen in dynamischen Entscheidungsmodellen. Eine Verbindung von Prognose und Entscheidung“ von S. Stöppler. Ein wirklich positives Merkmal dieser Beiträge ist die Kombination von den jeweiligen einführenden theoretischen Diskussionen mit illustrativen numerischen Darstellungen. Diese numerischen Beispiele basieren in der Regel in den verschiedenen Beiträgen alle auf dem sogenannten Pindyck-Modell der US-Wirtschaft.

Diese einheitliche Benutzung eines ökonomischen Modelles für die verschiedenen Illustrationen in dem Band ist grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings, bei mir stellt sich die Frage, ob man nicht dann auch ein ähnlich illustratives Modell für die Bundesrepublik Deutschland finden oder erstellen sollte, um damit auch die numerischen Illustrationen zu erläutern. (Nach den Worten des Herausgebers ist dieses Sonderheft als eine Weiterführung des Sonderheftes „Makroökonomische Modelle für die Bundesrepublik Deutschland“ gedacht). Gegeben die einheitliche Benutzung des Pindyck-Modelles in den verschiedenen Beiträgen, dann würde solch ein Sonderheft nur an Form gewinnen, wenn dieses Modell gesondert, zum Beispiel in einem Anhang, kurz erläutert werden würde. Anstatt, findet man in zwei Beiträgen eine getrennte, flüchtige Darstellung des Pindyck-Modells, und das dann auch noch in verschiedenen Notationen. Dieser Sonderband würde zusätzlich noch an Form gewinnen, wenn alle Beiträge eine einheitliche Notation zu dem praktisch einheitlich genutzten Entscheidungsmodell benutzt hätten. (Diese Verbesserung wäre praktisch ohne Mehraufwand erreichbar gewesen!)

Gemeinsam zu allen Beiträgen ist ein (vielleicht naiver) Optimismus hinsichtlich der Anwendbarkeit ökonomischer Entscheidungsmodelle. Einerseits mag dieser Optimismus verständlich sein: 1. Die Existenz der modernen Rechenanlagen mit entsprechendem Software, und 2. Die Theorie der ökonomischen Entscheidungsmodelle (oder allgemein die Ökonometrie) hat

schon eine bemerkenswerte Reife entwickelt. Auf der anderen Seite sollte man bei der praktischen Anwendbarkeit auch die folgenden Hindernisse beachten: 1. Auf der politischen Ebene glaube ich kaum, daß die Entscheidungsträger wirklich die „Freiheit“ haben, die sogenannten Instrumente wirklich entsprechend dem Entscheidungsmodell zu verändern, wie es in solch einem Modell unterstellt wird. 2. Die Güte der vorhandenen Prognosemodelle läßt doch in der Regel noch einiges zu wünschen übrig. Damit will ich keineswegs die Bemühungen der sogenannten Modellbauer entwürdigen. Im Gegenteil, viel könnten Theoretiker von solchen Modellen lernen. Ich denke hierbei an die Bemerkungen im „Preface“ von E. Malinvaud: *Profitability and Unemployment*, Cambridge University Press, Cambridge 1980. Die vorhandenen Prognosemodelle sind doch, grob gesagt, eine seltsame Kombination von ökonometrisch und deskriptiv (oder statistisch) fundierten Ansätzen. Dagegen ist grundsätzlich auch nichts einzuwenden, aber ich vermute eine Schwachstelle existiert hinsichtlich der unterstellten wirtschaftstheoretischen Konzeption. Die (sinnvolle) Anwendbarkeit ökonometrischer Entscheidungsmodelle müßte aber die entsprechende Reife in der (makro-ökonomischen) Wirtschaftstheorie als Voraussetzung nehmen. Gewiß war es nicht die gestellte Aufgabe des Sonderheftes dieses zu überprüfen, aber solche möglichen Grenzen der ökonometrischen Entscheidungsmodelle bestehen für deren praktische Anwendung.

Dieses Sonderheft wird sicherlich weitere Diskussionen und Forschungsaktivitäten mit Impulsen bestärken. Ich persönlich denke dabei besonders an den Beitrag von H. J. Haas: „Optimale Steuerung unter Berücksichtigung mehrerer Entscheidungsträger ...“. Er führt als Beispiel die Trennung von Fiskal- und Geldpolitik an, wobei er in seinem Modell die Instrumentvariablen der Entscheidungsträger additiv einführt. Nun, ich vermute, daß in der politischen Praxis manche Entscheidungen zwischen „Bund, Länder und Gemeinden“ nicht (nur) additiv, sondern auch substitutiv sein können. Weiter könnten dann auch regionale und sektorale Aspekte einer Wirtschaft in einem Entscheidungsmodell berücksichtigt werden, was alles zu einer Erweiterung des genannten Beitrags führen würde.

G. Hasenkamp, Hamburg